



Managerkreis-Report | Essen | 22. Oktober 2015

Industrie ist Stärke Deutschlands

Der VW-Skandal könnte der deutschen Wirtschaft nachhaltig schaden. Um die Wirtschaftskraft zu erhalten, sind Reformen nötig.



Nachbericht zur Veranstaltung des Managerkreises NRW „Alte Wirtschaft – Neue Antworten: Wohin steuert die Industriegesellschaft?“

Google, Apple und Tesla sind die modernen Konkurrenten der deutschen Automobilindustrie. „Die VW-Manipulationen schaden Deutschland, aber auch dem Industriestandort Nordrhein-Westfalen“, sagte der Bundestagsabgeordnete und ehemalige

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Grüne). Zusammen mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im NRW-Landtag, Norbert Römer, stand er dem Sprecher des Managerkreises NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, Christoph Dänzer-Vanotti, sowie dem Publikum in der Evonik-Unternehmenszentrale in Essen jetzt Rede und Antwort.

Wirtschaft für Europa

Die beiden Politiker waren sich einig: Europa und eine europäische Sichtweise seien für Deutschland unerlässlich, um auf Dauer als Land erfolgreich zu sein. „Deutschland allein ist zu klein, um in der Welt dauerhaft Gewicht zu haben“, machte Trittin deutlich. „Nationalstaatlich werden wir mit unserer industriellen Produktion und unserer Gesellschaft nicht bestehen können“, unterstrich Römer.

Mehr Europa bedeute mehr Gewicht für Deutschland in der Welt. „Auf Dauer müssen wir nach und nach nationalstaatliche Kompetenzen an die Europäische Union abgeben“, sagte Römer. In einer globalisierten Welt müsse stets auch global gedacht werden. So nannte Trittin auch das Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika TTIP, das aktuell verhandelt wird, richtig: „Ich bin sicher, dass wir gegenseitig viel voneinander lernen können.“

Wirtschaft in NRW

Dass die Wirtschaft auch aus NRW-Sicht besondere Bedeutung hat, machte Römer bereits in seinem Eingangsstatement deutlich: „Im Koalitionsvertrag der Rot-Grünen-Landesregierung steht: Die industrielle Produktion ist wesentlich für unseren Wohlstand.“ Die etwa 150.000 Wirtschaftsbetriebe des Landes erwirtschafteten einen Umsatz von rund 600 Milliarden Euro. „Damit steht Nordrhein-Westfalen gemessen an der Wirtschaftskraft auf Platz sieben im gesamteuropäischen Vergleich“, verdeutlichte der Sozialdemokrat. Trotz dieser positiven Tatsachen, habe NRW mit Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. „Zwei Drittel sind aufgrund mangelnder Bildung langzeitarbeitslos. Das ist eine Schwierigkeit, der wir uns stellen müssen“, erläuterte er. Römer bezeichnete die Digitalisierung der Ökonomie/ der Produktion als Herausforderung. Beispielsweise entstünden durch den 3D-Druck neue Geschäftsmodelle. „Viele Arbeitsverhältnisse ändern sich. Einfache Tätigkeiten werden immer weniger, die

Arbeitsorganisation wird dezentraler“, sagte Römer. Aus seiner Sicht müsse sozialdemokratische Wirtschaftspolitik daher an erster Stelle Investitionspolitik sein. „Wir müssen auch weiterhin in Infrastruktur und Bildung investieren“, forderte er, damit ein Aufstieg durch Bildung auch weiterhin möglich bleibe.

Großen Raum nahmen in der Diskussion die Enthüllungen der vergangenen Wochen rund um den VW-Konzern ein. Trittin sprach in diesem Zusammenhang von „kollektivem Versagen – Man wollte den US-Markt mit sparsamen Dieselfahrzeugen aufmischen, das ist deutlich missglückt.“ Römer forderte Aufklärung in der Affäre unter anderem durch den Aufsichtsrat. „Die Manipulationen haben ein Ausmaß erreicht, in dem sie dem Industriestandort Deutschland und der EU schaden können“, sagte er. Ein Befreiungsschlag für VW könne, Trittins Worten nach, beispielsweise die Entwicklung eines Hybridwagens sein, den sich das Volk leisten könne.

Eine stärkere Regulierung durch den Staat lehnten Trittin und Römer weitestgehend ab. „Aktuell regulieren wir die Banken zum Beispiel sehr stark“, sagte Trittin. Das Beispiel zeige, dass mit starker Regulierung auch hohe Personalbindung aufgrund der Kontrollanforderungen einhergehe, ergänzte Römer. Dies könne für die betroffenen Unternehmen schnell zu einem Problem werden. Ein ehemaliger Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung forderte aus dem Publikum heraus trotz der Argumentation mehr Regulierung. Fehler im Management von Unternehmen würden sonst auch in Zukunft immer wieder auf den Rücken der Mitarbeiter_innen ausgetragen. Er unterstrich die seiner Meinung nach bestehende Notwendigkeit einer persönlichen Haftung für Manager_innen.

Erneuerbare Energie (-wirtschaft)?

Unabhängig von dieser Auffassung hatten Trittin und Römer zuvor bereits über erneuerbare Energien und deren Akzeptanz in Deutschland gesprochen. „In der Koalition gibt es wenig Auseinandersetzungen zu diesem Thema, doch in der Bevölkerung haben wir bei erneuerbaren Energien mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen“, sagte Römer. Doch damit stehe Nordrhein-Westfalen nicht alleine dar. Trittin erläuterte, es gebe ein Nord-Süd-Gefälle bei Fragen zu Windparks und generell zum Thema erneuerbare Energien. „Gegen bestimmte Standorte gibt es natürlich berechtigte ökologische Bedenken“, erläuterte der Niedersachse. Kategorisch ausgeschlossen werden sollten mögliche Standorte für die Erzeugung erneuerbarer Energien jedoch nie. Es müsse eine Einzelprüfung erfolgen.

Das Thema Energie ergänzend fragte Martin Schmuck aus dem Managerkreis NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung nach der Zukunft der großen Energieunternehmen RWE und EON. „Aus NRW-Sicht verstehe ich die Auffassung, dass diese Unternehmen gebraucht werden. Sie müssen jedoch dringend Innovationen nachholen“, forderte der ehemalige Bundesumweltminister Trittin. Zusätzlich zu RWE und EON befinden sich seiner Meinung nach auch Vattenfall und EnBW in einer schwierigen Phase. „Ob alle vier Unternehmen auf Dauer überleben, kann ich nicht seriös sagen“, formulierte es Trittin. Seiner Ansicht nach habe die Politik im Land und im Bund jedoch die Pflicht Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Fortbestehen der Unternehmen ermöglichen. „Es ist allerdings nicht Aufgabe der Politik, neue Geschäftsmodelle zu finden“, ergänzte Römer.

„Der deutsche Strommarkt ist von Überkapazitäten geprägt – trotz der Abschaltung der Atomkraftwerke. Das führt zu geringer Vergütung pro Kilowattstunde“, erklärte der Bundespolitiker und ergänzte: „Wenn wir zurück zu einem Markt wollen, in dem sich Investitionen in Energie wieder lohnen, müssen wir die Überkapazitäten abbauen.“ Die Preise an der Strombörse dürften nicht weiter sinken. Doch Römer gab zu bedenken: „Der Abbau der Überkapazitäten muss gelingen, ohne unseren Klimabeitrag zu konterkarieren.“